

Frontkämpfer! Dein Name gehört Hindenburg!

am Samstag kommen und Anstellungsunterlagen mitbringen. Den Grund hierfür wußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach meinem Diktat aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen vorangelegt „Auf Knoschung“, wozu Minister Dr. Frick noch erklärte, daß er für den Inhalt des Diktates die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengster Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler“ die damals freie Stelle des Gendarmereikommissars in Hildburghausen übertragen wurde.

Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entschiedenheit vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Befolgung verzichtete. Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte. Ich habe die Entwürfe, so weit ich mich entsinnen kann, nicht mitgelesen. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das thüringische Finanzministerium müsse zur Mitzeichnung gezogen werden und wohl auch gelang, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte. Minister Dr. Frick erklärte, daß er den damals beurlaubten Finanzminister vertreten und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich auf Dienstverschwiegenheit gegen jedermann.

Minister Dr. Frick verwahrte die Schreiben — Entwurf und Reinschrift — selbständig. Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hat es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstakten zu geben oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen.

Ministerialrat A. erklärte u. a.: Ich begreife es, daß ich nunmehr gezwungen werde, daß, was ich weiß, auszusagen. Im Juli 1930 ging ich zum Minister Dr. Frick zum Vortrag; er wollte an diesem Tage auf Urlaub gehen. Nachdem ich meine Sachen vorgetragen hatte, sagte der Minister, er wolle mir jetzt Kenntnis von einer Sache geben, die meine Abtteilung betraf. Er verpflichtete mich aber ausdrücklich zu strengster Amtverschwiegenheit gegen jedermann. Er gab mir darauf ein Blatt Papier zum Lesen. Es war das Formular einer Anstellungsurkunde, auf dem in der Schrift des Oberregierungsrate S. stand, daß der „Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler in München“ zum Gendarmereikommissar in Hildburghausen ernannt wurde. Als ich diese ersten Worte gelesen hatte, sagte ich sofort zum Minister Dr. Frick, das ginge doch nicht; die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Frick entgegnete etwas Scharf, er vertrete den Finanzminister und handele in doppelter Eigenschaft als Innenminister und Finanzminister. Dr. Frick sagte mir, die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Gendarmereioberwachmeister 3. dann besetzt werden.

Die Berliner Presse über die Aktion Fricks zur Einbürgerung Hitlers

Berlin, 4. Febr. Die Morgenblätter erörtern fast alle die von dem früheren thüringischen Innenminister im Juli 1930 eingeleitete Aktion, den Führer der Nationalsozialisten, Hitler, durch Ernennung zum Gendarmereikommissar die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. — Die „Germania“ spricht von einer staatsrechtlichen Komödie und nennt Hitler „den sonderbarsten aller Parteibuchbeamten“. — Der „Vorwärts“, der von einer „tollen Schiebung“ spricht, fordert eingehende Nachprüfung der Vorgänge nach der staats- und kriminalrechtlichen Seite. Es handele sich um einen schweren Amtsmissbrauch eines nationalsozialistischen Ministers. — Das „Berliner Tageblatt“ steht in den Plänen Fricks ein plumpes Wandver. Das Blatt bezweifelt, daß Hitler von der Angelegenheit nichts gewußt habe. — Die „Voss. Ztg.“ erörtert ausführlich die Frage der Staatsangehörigkeit Hitlers und behauptet, daß Hitler in den Jahren nach der Revolution günstige Gelegenheiten zur Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht ausgenutzt habe. Politisch trete jetzt erneut die bodenlose Unzuverlässigkeit der Nationalsozialisten ins hellste Licht. — Die „D. A. Z.“, die behauptet, daß Hitler nicht bereits 1919 eingebürgert worden sei, und die meint, daß die Umstände, unter denen Frick es 1930 verflucht habe, grotesk und geradezu humoristisch wirken, ist der Auffassung, daß Hitler sich eine stärkere Propaganda als die Veröffentlichung seiner abgelehnten Bestallung im Augenblick nicht wünschen könne. Während der „Lokalanzeiger“ über die Angelegenheit ohne besonderen Kommentar berichtet, kritisiert der „Tag“, daß die Reichsregierung es unterlassen habe, vor der Veröffentlichung des Materials sich mit Dr. Frick ins Benehmen zu setzen. Es sei unverständlich, was sich die Reichsregierung von dieser Veröffentlichung verspreche.

Berlin, 3. Febr. Von unterrichteter Stelle wird zu der Frage der Einbürgerung Hitlers nur darauf hingewiesen, daß die thüringischen Dokumente jetzt dem Reichsinnenministerium vorliegen, dessen Prüfung man abwarten müsse. Die Tatsache, daß die thüringische Staatsregierung die Angelegenheit bei der Reichsregierung anhängig gemacht hat, läßt nach Ansicht politischer Kreise wohl darauf schließen, daß auch sie über die Verfassungsmäßigkeit des von dem damaligen Minister Frick vorgenommenen Aktes im Zweifel ist. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsinnenministerium als der für die Verfassungsfragen zuständigen Reichsinstanz.

Hitler lehnte ab

Die Reichsleitung der NSDAP. zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Hitler

München, 3. Februar. In der Meldung über den angeblich erfolgten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adolf Hitler als thüringischer Beamter teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. mit, daß Minister Dr. Frick allerdings die Absicht gehabt habe, Adolf Hitler, der vier Jahre lang in der deutschen Armee für sein Volk gekämpft hat, durch Erwerb der Beamtenangehörigkeit in Thüringen auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Als Adolf Hitler jedoch von diesen Bemühungen, die ohne sein Wissen seinerzeit erfolgt waren, erfuhr, bat er Minister Frick, davon Abstand zu nehmen bzw. die eingeleiteten Schritte rückgängig zu machen, da er nicht auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit

zu erwerben wünsche. Demgemäß hat auch Minister Dr. Frick die eingeleiteten Schritte unverzüglich abgebrochen.

Reichsführertagung der NSDAP.

München, 3. Februar. In dem Bericht der Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. über eine heute stattgefundene Reichsführertagung der Partei heißt es, daß auch die Frage der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl erörtert worden sei. Dabei habe das einmütige Bewußtsein in absoluter Siegesverfäkt ganz besonderen Ausdruck in der Feststellung gefunden, daß die nationalsozialistische Bewegung willensmäßig und organisatorisch zum Einsatz für den Wahlkampf so völlig gerüstet stehe, daß sie nur die Parole ihres Führers erwarte, „um sie zum Siege zu tragen“.

„Sach- und kraftlos“

Frankreich zur Rede Hendersons

Paris, 3. Februar. Die Rede Hendersons wird von der französischen Presse allgemein als farblos, als sach- und kraftlos bezeichnet. Nach dem „Reit Parisien“ bezeuge die Ansprache den guten Willen eines Mannes, der alles hat vermeiden wollen, was irgendwelche Mitglieder der Konferenz hätte verstimmen können. Das Blatt ist zufrieden mit den Stellen der Rede, in denen es eine Bekätigung der französischen These erblicken zu können glaubt, aber unzufrieden darüber, daß Henderson nicht die geringste Anspielung auf Sanktionen und gegenseitige Garantien gemacht habe. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ nennt die Rede des Präsidenten ziemlich unbedeutend. Sie sei vom ehemaligen Sekretär des Foreign Office, Noel Baker, der früher Beamter des Bitterbundes war, ausgearbeitet und vom Bitterbundssekretariat verbessert worden, denn an gewissen Stellen sei sie ziemlich gefährlich und partiell gegen die französische These. Henderson könne dem Bitterbundssekretariat nichts abschlagen, denn dieses habe für ihn eine Tagesentschließung von 140 Schweizer Franken durchgedrückt.

Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten

Berlin, 3. Februar. In verschiedenen Stadtgegenden kam es heute zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, die Zettel verteilten, und Kommunisten, so z. B. beim Arbeitsamt in der Birkenstraße, wo eine Person durch Messerstiche am Kopf verletzt wurde. Drei Beteiligten wurden festgenommen. Zu ähnlichen Zusammenstößen kam es in der Mainzer Straße (Neußlin) und in der Lindenstraße vor der Markthalle, wo ein Kommunist einen Messerstich in den Rücken erhielt. Auch hier schritt die sofort alarmierte Polizei zu Bestrafungen.

Kommunistische Zerschlagungsversuche bei der Reichswehr

Berlin, 3. Februar. Der Polizeipräsident teilt mit: Am 20. Januar wurden in Berlin-Falkensee eine Anzahl von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zerschlagung der Reichswehr in Eisgrund im Auftrage der KPD. zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zerschlagungsmaterial, bei einem der Beschuldigten wurden außerdem drei Pistolen, Munition, ein Maschinengewehrschloß, Handgranatensköpfe und -Ander gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Berliner Kaffee mit einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm hierüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen. Wegen der Beschuldigten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Vom Vernehmungsbüro ist gegen sechs Personen Haftbefehl erlassen.

Kapitän Ehrhardt gewinnt seinen Pensionsprozeß

Berlin, 3. Februar. In dem Prozeß, den Kapitän Ehrhardt leit mehreren Jahren wegen seiner Pension gegen das Reichswehrministerium führt, hat jetzt das Kammergericht erneut ein Urteil zugunsten des ehemaligen Führers der Marinebrigade erlassen. Es hat festgestellt, daß das Reich nicht berechtigt sei, etwaige Schadenerschaftsprüche aus dem Rapp-Vuis gegen Ehrhardts Pensionsansprüche aufzurechen.

Besprechung zwischen deutschen und französischen Schuhfabrikanten

Berlin, 3. Februar. Zwischen Vertretern der deutschen und französischen Schuhindustrie fanden heute

in Baden-Baden Besprechungen statt. Die Verhandlungen hatten nur informatorischen Charakter; endgültige Abmachungen wurden nicht getroffen. Von französischer Seite wurde erklärt, daß über eine Fortsetzung der Verhandlungen noch weitere Nachricht ergehen werde. Die Verhandlungen zielten sich in freundschaftlichem Geiste ab.

Rund um die Welt

„Ipenwald brennt im Schnee“

Rosenheim, 3. Februar. In den Chiemsee Bergen zwischen der Kampenwand und dem Manquartheiner Tal entfiel an den blauen Hängen der 1700 Meter hohen Hochplatte in den Bergwäldern Großfeuer, das — zu spät entdeckt — trotz der Schneemassen große Ausdehnung annahm und weithin mit seinen Flammen gesehen wurde. Vernichtet wurden viele Laub- und Tannbestände. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Mit Bestimmtheit wird die Ursache der Brandkatastrophe in der Fahrlässigkeit von Touristen vermutet, die in den völlig ausgeödeten Holz- und Laubbeständen achlos mit Feuerzeugen hantiert haben.

Bei einem Mondschein-Spaziergang verirrt

Freiwaldau, 3. Februar. Der 22 Jahre alte Landschaftsmaler Friedrich Wolf aus Freiwaldau wollte eine Mondscheinwanderung, auf die Höhen des Mittelgebirges unternehmen. Unvermutet verirrt er sich und wurde morgens von Holzräubern völlig erschöpft und fast erfroren aufgefunden. Er lebte nur noch wenige Minuten.

Das kinderarme Dorf

Calbe a. d. Saale. In der etwa 400 Einwohner zählenden Gemeinde Worfitz wird in diesem Jahre weder ein Kind aus der Schule entlassen noch neu eingeschult werden.

U-Boot M 2 gefunden

London, 3. Februar. Die Admiraltät teilt mit, daß die Lage des Unterseebootes M 2 etwa fünf Meilen von Bill of Portland festgestellt worden sei.

Schleswig-Holsteins einzige Bricketfabrik abgebrannt

Sternförde, 2. Febr. Die Bricketfabrik des Torfwerkes Westermoor, die einzige der Provinz, wurde in der Nacht durch Großfeuer vernichtet. Der Schaden ist sehr groß. Die Entstehungsurache, des Brandes ist noch nicht bekannt.

Der Bau der Saaltalsperre beendet

Schleiss, 3. Februar. In einer Besprechung von dem Kreisrat wurde den Vertretern von Behörden und den an der Regelung der Saaltalsperre Beteiligten mitgeteilt, daß der Bau der Sperrmauer beendet ist und im Februar mit dem Anbau begonnen werden soll, um vor allem durch Anstauung der Frühjahrshochwasser Schaden zu verhüten. Borek sei aber noch eine behördliche Genehmigung einzuholen, da beim Bau der Sperrmauer von dem ursprünglichen Plan abgewichen worden sei. Bedenken gegen die Sicherheit des Staubammers sollen nicht vorliegen. Die Menge des angekauften Wassers wird 215 Millionen Kubikmeter betragen.

Wettkauf ins Gefängnis

An sich ist der Vorfall von untergeordneter Bedeutung. Aber er kennzeichnet den Jammer unserer Zeit. Wurde da in Tokio ein Einbruch begangen. Ein paar Gegenstände waren gestohlen worden, und der Täter durfte, wenn man ihn fing, mit einem Jahr hinter Schloß und Riegel rechnen. Man fing ihn aber nicht. Umso erstaunter war die Polizei, als sich kurz darauf jemand bei ihr meldete: „Ich bin der Täter. Ich will meine Strafe gern verbüßen.“ Man war noch damit beschäftigt, das Protokoll aufzunehmen, als sich ein zweiter einstellte: „Ich habe den Einbruch begangen.“ Auf die Mitteilung hin, daß sich schon ein Täter gefunden habe, wurde der Neugekommene wütend: „Der liegt ja. Ich habe den Diebstahl allein verübt!“ Die Polizei wurde mit dem Mann nicht einig, und so sperrte man ihn vorläufig neben seinen Konkurrenten in eine Zelle. Raum hierzu der Schlüssel im Schloß, da meldete sich der dritte „Täter“, und während man sich noch mit ihm herumschlug, sagte sich ein vierter der Schuld an. Auch sie wurden wütend, als man ihnen schonend beibrachte, daß schon zwei Anwärter auf das eine Jahr Gefängnis vorhanden waren. Die Polizei ist fest davon überzeugt, daß alle vier unschuldig sind und sich nur deshalb selbst bestrafen, um ein Jahr lang vor Hunger und Not geschützt zu sein. Vorläufig muß sie die vier „Einbrecher“ in ihrer Obhut behalten, bis deren Unschuld nachgewiesen ist.

Das Erdbeben auf Kuba

500 Häuser in Santiago zerstört

Neuport, 3. Febr. Wie Associated Press aus Havana meldet, sind bei dem Erdbeben in Santiago de Cuba 500 Häuser zerstört worden.

Neuport, 3. Febr. Wie zu dem Erdbeben auf Kuba noch gemeldet wird, ist der dritte Teil Santagos zerstört worden. Die Zahl der Toten wird auf 1500 geschätzt.

Schreckensgenen

Neuport, 3. Febr. Wie aus Santiago de Cuba gemeldet wird, sind große Teile der Stadt in völliges Dunkel gehüllt. Unter der Bevölkerung herrscht Panik. Aus den Trümmern der eingestürzten Häuser, die die Straßen bedecken, tönt Schreien und Klagen. Im inneren Stadt-

wert eines Gebäudes fand man die Leichen von 14 Personen, die beim Einsturz des Hauses erschlagen wurden.

Santiago, 3. Febr. Das Feuer, das die Stadt nach dem Erdbeben heimsuchte, brach an verschiedenen Stellen der Stadt zugleich aus. Da Wassermangel herrschte, griff es ungehindert mit großer Schnelligkeit um sich. Eine große Anzahl Gefangener, die in ihren Zellen eingeschlossen waren und die man nicht befreien konnte, fanden den Tod oder wurden erheblich verletzt. Man schätzt jetzt die Zahl der Todesopfer auf 500, die der Verletzten auf 1000.

Die Opfer des Erdbebens

Neuport, 3. Febr. Nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen aus Santiago de Cuba werden die Opfer des Erdbebens auf 500 Tote und 2000 Verletzte geschätzt.